



Protokoll

Sitzung vom 2. Juni 2026

Vorsitz	Patrick Huber (SP)
Teilnehmend	Frank Albrecht (SVP) Urs Allenspach (SVP) Ruedi Blumer (SP) Pascal Brander (SVP) Matthias Ebnetter (GLP-FLiG) Pascal Furer (SVP) Elmar Hardegger (Die Mitte) Andreas Helfenberger (Die Mitte) Kurt Jau (SVP) Lukas Kessler (FDP) Ursula Kobler (FDP) Claudia Kretz Büsser (FDP) Alois Künzle (SVP) Thomas Künzle (SVP) Heinz Loretini (FDP) Jan Mayer (SVP) Rebecca Meier (Junge Grüne) Markus Meister (GLP-FLiG) Andreas Oberholzer (SVP) Martin Pfister (Die Mitte) Roger Pfister (Die Mitte) Markus Rosenberger (SVP) Andrea Rütsche-Schaller (Die Mitte) Christian Schlegel (GLP-FLiG) Marina Schwizer (Die Mitte) Simon Sigg (Die Mitte)
Abwesend	Patrik Mauchle (Die Mitte) Barbara Frei (parteilos) Patrik Mauchle (Die Mitte) Martina Uffer (GLP-FLiG)
Anwesend Stadtrat	Wolfgang Giella Helen Alder Frei Claudia Martin Stefan Rindlisbacher Florin Scherrer
Abwesend Stadtrat	--
Protokoll	Beatrice Kempf, Stadtschreiberin

Umfang	Dieses Protokoll umfasst die Beschlüsse Nrn. 59/2026 bis 60/2026 59/2026 Jahresrechnung und Geschäftsbericht Stadthaushalt und Stadtwerke 2025; Genehmigung 60/2026 Neuer Vorstoss
Zeit	18.00 - 20.15 Uhr

Protokoll Nr. 59/2026

2025-466

Sitzung vom 2. Juni 2026

09.02.20.30

Jahresrechnung und Geschäftsbericht Stadthaushalt und Stadtwerke 2025; Genehmigung

I. Grundlagen

1. Grundlagen sind die Jahresrechnungen und die Geschäftsberichte des Stadthaushalts und der Stadtwerke 2025 sowie der Bericht und Antrag des Stadtrates vom 27. März 2025 mit folgenden Anträgen:
 1. Der Ertragsüberschuss 2025 des Stadthaushalts von CHF 3'716'431.30 wird der Ausgleichsreserve zugewiesen.
 2. Der Ertragsüberschuss 2025 der Stadtwerke von CHF 484'254.63 wird den betriebsnotwendigen Reserven zugewiesen.
 3. Die Jahresrechnungen 2025 des städtischen Haushalts und der Stadtwerke werden gestützt auf Art. 39 Bst. a der Gemeindeordnung genehmigt.
2. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) stellt am 18. Mai 2026 folgende Anträge (identisch mit den Anträgen des Stadtrates):
 1. Der Ertragsüberschuss 2025 des Stadthaushalts von CHF 3'716'431.30 wird der Ausgleichsreserve zugewiesen.
 2. Der Ertragsüberschuss 2025 der Stadtwerke von CHF 484'254.63 wird den betriebsnotwendigen Reserven zugewiesen.
 3. Die Jahresrechnungen 2025 des städtischen Haushalts und der Stadtwerke werden gestützt auf Art. 39 Bst. a der Gemeindeordnung genehmigt.

II. Eintretensdiskussion

1. **Andreas Helfenberger (Die Mitte), Präsident Geschäftsprüfungskommission:** Als Geschäftsprüfungskommission haben wir die Jahresrechnungen und Geschäftsberichte des Stadthaushalts sowie der Stadtwerke für das Rechnungsjahr 2025 geprüft.

Der Stadtrat ist für die Erstellung der Berichte und der Jahresrechnung nach dem St. Galler Rechnungsmodell verantwortlich. Aufgabe der Geschäftsprüfungskommission ist es, ein Prüfungsurteil über die Jahresrechnung und, soweit erforderlich, über die Amtsführung abzugeben. Unsere Prüfung erfolgte gemäss den gesetzlichen Vorschriften.

Die Buchprüfung wurde durch die externe Revisionsstelle BDO AG St. Gallen durchgeführt. Diese empfiehlt sowohl der Geschäftsprüfungskommission als auch dem Stadtrat, dem Parlament die Genehmigung der Jahresrechnung zu beantragen. Nach unserer Beurteilung entsprechen Jahresrechnung und Amtsführung den kantonalen und kommunalen Vorgaben.

Wir bestätigen zudem, dass die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission die gesetzlichen Anforderungen erfüllen und keine Umstände vorliegen, welche unsere Unabhängigkeit beeinträchtigen.

Gemäss den Vorgaben zum Finanzhaushalt der Gemeinden überprüft die GPK auch die Kontrolltätigkeit des Stadtrats. Dazu gehören insbesondere unangemeldete Kontrollen von Verwaltungsstellen mit Geldverwaltung, die Überprüfung von Sicherheitsleistungen sowie die Beurteilung des internen Kontrollsystems.

Aufgrund der vorliegenden Unterlagen und der Berichte der Revisionsstelle ergaben sich keine negativen Feststellungen.

Zum Stadthaushalt: Das Gesamtergebnis der Rechnung 2025 fällt erneut deutlich besser aus als budgetiert. Statt des erwarteten Überschusses von 0,4 Mio. Franken resultiert ein Plus von 3,7 Mio. Franken.

Dieses Ergebnis ist jedoch nicht auf höhere Erträge oder tiefere Aufwendungen zurückzuführen, sondern hauptsächlich auf die Höherbewertung von Liegenschaften im Finanzvermögen und die Auflösung entsprechender Reserven.

Das Betriebsergebnis zeigt ein anderes Bild. Budgetiert war ein Minus von 7,9 Mio. Franken. Tatsächlich resultierte ein Defizit von 11,2 Mio. Franken. Damit verschlechterte sich das Ergebnis gegenüber der Rechnung 2024 um 1,8 Mio. Franken und gegenüber dem Budget um 3,3 Mio. Franken. Das Budgetziel wurde klar verfehlt.

Als Hauptgründe nennt der Geschäftsbericht steigende Kosten insbesondere in den Bereichen Pflegefinanzierung und Bildung. Die Ausgaben wachsen schneller als die Einnahmen – mit steigender Tendenz.

Bei den Investitionen zeigt sich ein Anteil von rund 20 Prozent an den Gesamtausgaben. Besonders ins Gewicht fällt dabei die Sportwelt Buechenwald. Die erfreulichen Projektfortschritte und die Einhaltung des Terminplans werden durch die erwarteten Mehrkosten getrübt. Diese zeichneten sich aus Sicht der GPK früh ab und wurden nicht rechtzeitig sowie nicht ausreichend kommuniziert.

Die Stadtwerke erzielten vor der Ablieferung an den Stadthaushalt einen Gewinn von 2,5 Mio. Franken. Das Ergebnis liegt leicht über Budget. Nach der Ablieferung von 2 Mio. Franken verbleibt ein Jahresgewinn von rund 484'000 Franken. Dieser liegt über dem Budget, jedoch unter dem Vorjahreswert.

Mit flüssigen Mitteln von 2,9 Mio. Franken und Investitionen von 6,8 Mio. Franken ergibt sich ein Eigenfinanzierungsgrad von 43 Prozent. Die GPK beurteilt die Stadtwerke insgesamt als finanziell stabil. Gleichzeitig dürfen die dynamischen Entwicklungen im Energiemarkt sowie die regulatorischen und technischen Herausforderungen nicht unterschätzt werden.

Grössere Sorgen bereitet der Geschäftsprüfungskommission die Entwicklung des Stadthaushalts. Einzelne Einnahmen konnten zwar erhöht werden, erste Sparvorschläge des Stadtrats wurden jedoch vom Parlament zurückgewiesen. Weitere punktuelle Sparmassnahmen dürften ebenfalls wenig Erfolgsaussichten haben. Auch ein Mikromanagement durch das Parlament erscheint nicht zielführend.

Die GPK hält am Grundsatz fest, dass der Stadtrat den Stadthaushalt führt und verantwortet, während das Parlament über dessen Anträge entscheidet.

Deshalb erachten wir es als sinnvoll, nicht länger Einzelmassnahmen zu diskutieren, sondern umfassende Sparpakete vorzulegen. Nur so können ausgewogene und verantwortungsvolle Entscheide getroffen werden.

Die Geschäftsprüfungskommission beantragt:

1. Der Ertragsüberschuss 2025 des Stadthaushalts von CHF 3'716'431.30 wird der Ausgleichsreserve zugewiesen.
2. Der Ertragsüberschuss 2025 der Stadtwerke von CHF 484'254.63 wird den betriebsnotwendigen Reserven zugewiesen.
3. Die Jahresrechnungen 2025 des städtischen Haushalts und der Stadtwerke werden gestützt auf Art. 39 Bst. a der Gemeindeordnung genehmigt.

Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt dem Parlament die Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2025.

III. Detailberatung

1. Allgemeine Voten

- a) **Heinz Loretini (FDP):** Ich halte meine Ausführungen getrennt nach Stadtwerken und Stadthaushalt.

Der Geschäftsbericht der Stadtwerke ist transparent gestaltet und enthält viele interessante Kennzahlen. Dafür danke ich den Verantwortlichen. Die Stadtwerke schliessen leicht über Budget, aber unter dem Vorjahresergebnis ab.

Der Cashflow liegt rund 1,4 Mio. Franken unter dem Vorjahreswert. Gleichzeitig mussten erneut Kredite von rund 2 Mio. Franken aufgenommen werden. Das Darlehen des Stadthaushalts an die Stadtwerke steigt damit auf 23,9 Mio. Franken. Angesichts der finanziellen Situation der Stadt sollte dieser Betrag nicht weiter anwachsen.

Zum Geschäftsbericht habe ich zwei Fragen. Erstens: Welche Aufgaben erfüllt die Stadtwerkkommission? Im Bericht erfährt man wenig über ihre Tätigkeit. Zweitens: Welchen Nutzen bringt das Kraftwerk Niederglatt den Stadtwerken? Wird dafür eine separate Rechnung geführt, und passt dieses Kleinkraftwerk noch zur Strategie der Stadtwerke?

Zum Stadthaushalt: Zunächst danke ich dem Finanzchef und seinem Team für die Ausarbeitung des Geschäftsberichts.

Der Stadtrat legt uns eine sehr schlechte Jahresrechnung vor. Im Vorwort wird ausgeführt, die Ursachen für den steigenden Kernaufwand lägen grösstenteils ausserhalb der Stadtverwaltung. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, dass zum Glück auch der Transferertrag gestiegen sei. Der Finanzhaushalt einer Stadt darf jedoch keine Frage des Glücks sein, sondern ist eine Frage von Führung, Koordination und konsequenter Arbeit.

Der Cashflow verharrt bei rund 2 Mio. Franken. Das Nettovermögen nimmt stetig ab. Die Finanzschulden erreichen mit 85 Mio. Franken den höchsten Stand der letzten 20 Jahre. Der Selbstfinanzierungsgrad liegt bei tiefen 14 Prozent.

Gleichzeitig ist der Personalbestand von 262 Vollzeitstellen im Jahr 2020 auf 308 Vollzeitstellen im Jahr 2025 gestiegen. Auch die Teilzeitarbeit nimmt zu. Der durchschnittliche Beschäftigungsgrad sank von 75 auf 66 Prozent. Teilzeitarbeit verursacht ebenfalls Kosten.

Die Steuererträge spiegeln die wirtschaftliche Entwicklung wider. Die Steuern juristischer Personen gehen zurück und reagieren erfahrungsgemäss früh auf wirtschaftliche Veränderungen. Die Einkommenssteuern steigen noch, folgen konjunkturellen Entwicklungen jedoch mit Verzögerung.

Die Finanzkennzahlen zeichnen insgesamt ein sehr negatives Bild. Hoffnung macht einzig das angekündigte Entlastungspaket.

Die Steuer- und Abgabenbelastung steigt in der Schweiz kontinuierlich. Der diesjährige Tag der Freiheit fiel auf den 21. Mai, während er in den 1990er-Jahren noch auf den 21. April fiel. Erst ab diesem Zeitpunkt arbeitet der Durchschnittsbürger rechnerisch für sich selbst.

Sollte der Steuerfuss erhöht werden, muss das Ziel sein, ihn so rasch wie möglich wieder zu senken. Die Fiskalquote erreicht inzwischen 39 Prozent des Bruttoinlandprodukts.

Der schlanke Staat verschwindet zunehmend. Umso wichtiger ist es, dass die Gemeinden ihre Finanzen im Griff haben. Nicht die Frage «Was kann der Staat für mich tun?» sollte im Zentrum stehen, sondern «Welche Ansprüche stelle ich an den Staat?».

Trotz allem bin ich zuversichtlich, dass es Parlament und Stadtrat gemeinsam schaffen werden, den Stadthaushalt wieder auf Kurs zu bringen. Dort, wo gut gearbeitet wird, sollen wir diesen Weg weitergehen. Wo Verbesserungen möglich sind, müssen wir uns gemeinsam anstrengen.

- b) **Stadträtin Claudia Martin:** Zur Frage nach der Stadtwerkkommission: Auf Seite 9 des Geschäftsberichts ist die Kommission zwar abgebildet, ihre Aufgaben werden jedoch nicht näher erläutert.

Die Aufgaben der Stadtwerkkommission sind im Stadtwerkreglement sowie in ihrem eigenen Kommissionsreglement festgelegt. Beide Dokumente sind öffentlich. Gerne stelle ich sie auf Wunsch zur Verfügung.

Die Kommission berät und unterstützt sowohl den Stadtrat als auch die Geschäftsleitung der Stadtwerke. Ihre Tätigkeit umfasst insbesondere Fragen der finanziellen Führung, rechtliche Themen, die Beurteilung von Projekten und Investitionen sowie die strategische Weiterentwicklung der Geschäftsfelder. Sie tagt in der Regel viermal pro Jahr.

Zur zweiten Frage betreffend Kraftwerk Niederglatt: Der Betrieb des Kraftwerks ist aufgrund der schwankenden Wassermengen, der unregelmässigen Stromproduktion, des hohen Unterhaltsaufwands und der anstehenden Sanierungspflicht anspruchsvoll.

Der Stadtrat hat noch keinen abschliessenden Entscheid über die Zukunft des Kraftwerks getroffen. Gleichzeitig besteht eine behördlich angeordnete Sanierungspflicht zur Verbesserung der Fischgängigkeit.

Aus diesem Grund wurden Rückstellungen gebildet. Wie in der Bilanz ersichtlich, wurden diese im vergangenen Jahr um weitere 600'000 Franken auf insgesamt rund 2,4 Mio. Franken erhöht.

Sollte später ein Rückbau beschlossen oder verfügt werden, würden die entsprechenden Rückstellungen wieder aufgelöst. Der Entscheid über die Zukunft des Kraftwerks Niederglatt steht derzeit noch aus.

- c) **Pascal Fürer (SVP):** Auf den ersten Blick präsentiert sich die Jahresrechnung 2025 erneut besser als budgetiert. Das Gesamtergebnis fällt positiver aus als erwartet.

Dieses Resultat darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die strukturellen Probleme des Stadthaushalts weiterhin ungelöst sind. Besonders das anhaltende Wachstum des Kernaufwands ist aus Sicht der SVP-Fraktion alarmierend. Seit Jahren weisen wir darauf hin, dass diese Ausgabenentwicklung langfristig nicht tragbar ist.

Vor diesem Hintergrund ist das deutliche Abstimmungsergebnis zum Steuerfuss vom März ein wichtiges politisches Signal. Die Bevölkerung von Gossau und Arnegg hat den Steuerfuss von 116 Prozent bestätigt und damit klar zum Ausdruck gebracht, dass die finanziellen Herausforderungen nicht allein über Steuererhöhungen gelöst werden sollen.

Dieses Ergebnis verstehen wir als Auftrag, die strukturellen Probleme auf der Aufwandseite anzugehen. Die Bevölkerung erwartet zu Recht, dass Prioritäten gesetzt, Ausgaben kritisch hinterfragt und Effizienzpotenziale ausgeschöpft werden, bevor zusätzliche Belastungen der Steuerzahlenden diskutiert werden.

Positiv nimmt die SVP-Fraktion zur Kenntnis, dass der Stadtrat mit der Finanzstrategie 2032 eine längerfristige finanzpolitische Orientierung vorgelegt hat. Die Herausforderungen werden darin grundsätzlich korrekt beschrieben und wichtige Ziele definiert. Insbesondere die Ausrichtung auf Haushaltsgleichgewicht, Investitionspriorisierung und Schuldenbegrenzung ist richtig.

Dennoch bestehen erhebliche Zweifel, ob die festgelegten Kennzahlen unter den aktuellen Rahmenbedingungen erreicht werden können. Besonders kritisch beurteilen wir den angestrebten Selbstfinanzierungsgrad von durchschnittlich mindestens 70 Prozent.

Die Strategie hält selbst fest, dass der betriebliche Cashflow nicht ausreicht, um die geplanten Investitionen eigenständig zu finanzieren. Genau darin liegt das zentrale finanzpolitische Problem. Wenn Investitionen dauerhaft fremdfinanziert werden müssen, steigt die Verschuldung und der Handlungsspielraum künftiger Jahre wird eingeschränkt.

Angesichts der bevorstehenden Investitionen erscheint fraglich, ob die Zielwerte ohne substanzielle Korrekturen auf der Aufwand- und Investitionsseite erreichbar sind.

Zusätzlich stellt sich die Frage nach der Qualität der Budgetierung. In mehreren Bereichen zeigen sich erhebliche Abweichungen zwischen Budget und Rechnung. Entwicklungen, die bereits in den Vorjahren erkennbar waren, wurden teilweise zu optimistisch eingeschätzt.

Eine realistische Budgetierung ist jedoch zentral für eine glaubwürdige Finanzpolitik. Gerade in finanziell anspruchsvollen Zeiten braucht es eine möglichst präzise Planung, damit Fehlentwicklungen früh erkannt und korrigiert werden können.

Die SVP erwartet deshalb konkrete Konsequenzen. Der Stadtrat hat erkannt, dass ein departementsübergreifendes Entlastungspaket notwendig ist, und entsprechende Massnahmen angekündigt. Dabei erwarten wir keine kurzfristigen Einzelaktionen, sondern eine konsequente Priorisierung von Aufgaben und Investitionen. Die Stadt wird sich stärker auf ihre Kernaufgaben konzentrieren müssen.

Positiv hervorheben möchten wir das Ergebnis der Stadtwerke. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für Bevölkerung und Wirtschaftsstandort. Die kontinuierlichen Investitionen in Versorgungssicherheit, Infrastruktur und Energieversorgung sind notwendig und richtig.

Der Geschäftsbericht zeigt aber auch, dass in den kommenden Jahren erhebliche Investitionen in Netze, Energieversorgung und technische Entwicklungen anstehen werden. Diese sind erforderlich, werden die Stadtwerke jedoch finanziell stark beanspruchen. Umso wichtiger ist es, weiterhin mit Augenmass zu wirtschaften und die finanzielle Stabilität langfristig zu sichern.

Abschliessend danken wir allen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung und der Stadtwerke für ihren Einsatz zugunsten unserer Stadt.

Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und unterstützt die Anträge der Geschäftsprüfungskommission sowie des Stadtrats.

- d) **Ruedi Blumer (SP):** Wir teilen die Einschätzung des Stadtpräsidenten im Schlusssatz seines Vorworts: Die Verwaltung arbeitet dort effizient und kostenbewusst, wo sie direkten Einfluss hat.

Alles hat sie jedoch nicht selbst in der Hand. Das Gesamtergebnis fällt dank der Auflösung von Reserven und der Aufwertung von Immobilien erfreulich aus. Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass das Betriebsergebnis mit einem Defizit von 11,2 Mio. Franken tiefrot ist. Handlungsbedarf besteht deshalb sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite.

Gegen die stetig steigenden Transferkosten können wir nur begrenzt etwas ausrichten. Gleichzeitig ist es nachvollziehbar, dass die Kosten der öffentlichen Hand steigen. Die Bevölkerung wächst, ebenso die Zahl der Schülerinnen und Schüler. Die Lebenserwartung nimmt zu, was höhere Pflegekosten verursacht. Mehr Konsum führt zu mehr Abfall, mehr Verkehr zu höheren Unterhalts- und Lärmschutzkosten.

Zum Votum von Heinz möchte ich eine Bemerkung machen. Ich spreche dem Stadtrat ausdrücklich ein Lob für die Förderung von Teilzeitarbeit aus. Moderne Familienmodelle machen flexible Arbeitsformen immer wichtiger. Teilzeitarbeit ermöglicht es, wertvolle Arbeitskräfte zu gewinnen und zu halten. Es ist deshalb richtig, dass die Stadt diese Möglichkeit aktiv anbietet.

Die Rechnung zeigt auch, dass dort gespart wurde, wo die Stadt Handlungsspielraum hat. So wurde beispielsweise das Projekt Haus der Kultur aufgegeben und die entsprechende Vorfinanzierung aufgelöst. Das bedauern wir, verstehen aber den Entscheid angesichts der finanziellen Lage.

Die SP begrüsst, dass der Stadtrat nun ein Entlastungspaket erarbeitet. Ein Gesamtpaket schafft mehr Transparenz und Übersicht als einzelne Sparmassnahmen. In diesem Punkt teilen wir die Auffassung der SVP.

Bei den Investitionen ist für die SP zentral, dass trotz negativer Betriebsergebnisse weiterhin investiert wird. Sonst hinterlassen wir den kommenden Generationen einen noch grösseren Investitionsstau. Gossau hat in den vergangenen Jahrzehnten zu wenig in Infrastruktur, Schulbauten, Alters- und Pflegeeinrichtungen, Arealentwicklungen und Klimamassnahmen investiert.

Die Investitionsrechnung weist Bruttoinvestitionen von 23,3 Mio. Franken aus, budgetiert waren jedoch 34,9 Mio. Franken. Damit wurden nur rund zwei Drittel der vorgesehenen Investitionen umgesetzt. Aus unserer Sicht ist das zu wenig. Sowohl die Budgetierung als auch die Umsetzung müssen verlässlicher werden.

Zu den Stadtwerken: Diese können auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Die Energieversorgung wird zunehmend komplexer und anspruchsvoller. Für Lebensqualität, Wirtschaft, Umwelt und Klima sind die Leistungen der Stadtwerke von grosser Bedeutung.

Wir begrüssen insbesondere, dass die Stadtwerke die Entwicklung lokaler Energiegemeinschaften und die Nutzung erneuerbarer Energien aktiv fördern.

Gleichzeitig sehen wir Sparpotenzial. Denkbar wären längere Nutzungsdauern beim Fahrzeugpark, kleinere Fahrzeuge sowie tiefere Werbeaufwendungen. Darauf werden wir in der Detailberatung zurückkommen.

Auch einnahmenseitig gibt es Möglichkeiten. So könnte geprüft werden, ob das kostenlose Parkieren für Mitarbeitende und Kundschaft künftig bewirtschaftet werden soll.

Wenn die Stadtwerke durch eigene Massnahmen einen höheren Beitrag an den Stadthaushalt leisten könnten, wäre das erfreulich.

Die SP-Fraktion unterstützt die Geschäftsberichte, die Jahresrechnungen sowie sämtliche Anträge.

Aus den vorliegenden Zahlen müssen wir aber Lehren ziehen. Für die SP ist klar: Um den Stadthaushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen, braucht es Korrekturen sowohl bei den Ausgaben als auch bei den Einnahmen. Es braucht Sparmassnahmen und zusätzliche Einnahmen.

Die Verantwortung dafür liegt nicht allein beim Stadtrat, sondern bei Parlament, Stadtrat und Bevölkerung gemeinsam. Wer ausschliesslich Sparmassnahmen fordert und jede Diskussion über Einnahmenerhöhungen verweigert, trägt nicht zu einer nachhaltigen Lösung bei.

Die SP appelliert deshalb an alle Parlamentsmitglieder, künftig eine verantwortungsvolle, ganzheitliche und zukunftsorientierte Finanzpolitik zu verfolgen, die sowohl Ausgaben- als auch Einnahmenseite berücksichtigt.

- e) **Elmar Hardegger (Die Mitte):** Wir danken dem Stadtrat, den Stadtwerken und den Verwaltungsstellen für die sorgfältige Erstellung der Geschäftsberichte 2025. Die Berichte sind übersichtlich und verständlich aufgebaut.

Aus unserer Sicht könnte der Geschäftsbericht der Stadt jedoch insbesondere im Kapitel zur Aufgabenübersicht deutlich gestrafft werden. Die dafür eingesetzten Ressourcen liessen sich sinnvoller nutzen.

Die Mitte-Fraktion Gossau-Arnegg hat die Geschäftsberichte eingehend geprüft. Der ausgewiesene Überschuss von 3,7 Mio. Franken darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die finanzielle Lage der Stadt besorg-

niserregend ist. Dieses Ergebnis wurde nur dank der Auflösung von Reserven und einmaliger Buchungseffekte in der Höhe von insgesamt 7,4 Mio. Franken erzielt.

Entscheidend ist deshalb das operative Ergebnis. Dieses weist ein Defizit von mehreren Millionen Franken aus und hat sich gegenüber dem Vorjahr weiter verschlechtert. Die erhoffte Trendwende blieb aus.

Die Warnsignale stehen auf Rot. Die Reserven werden bald aufgebraucht sein und lösen die strukturellen Probleme nicht. Es braucht rasch wirksame Massnahmen, um die finanzielle Handlungsfähigkeit der Stadt langfristig zu sichern. Dazu werden vermutlich auch Mehreinnahmen gehören.

Die Verschlechterung des Ergebnisses ist hauptsächlich auf höhere Aufwendungen und tiefere Erträge zurückzuführen. Besonders ins Gewicht fallen die Mehrkosten bei der Pflegefinanzierung, der Sozialhilfe und im Schulbereich. Diese Ausgaben sind grösstenteils gebunden und nur beschränkt beeinflussbar.

Auf der Ertragsseite wirken sich insbesondere die tieferen Steuereinnahmen juristischer Personen sowie geringere Rückstellungen im Asylbereich negativ aus. Positiv hervorzuheben sind dagegen die höheren Steuererträge natürlicher Personen.

Zu berücksichtigen ist zudem, dass die künftigen Abschreibungs- und Zinskosten der Sportwelt Buechenwald im aktuellen Ergebnis noch kaum enthalten sind. Die finanzielle Belastung wird in den kommenden Jahren weiter zunehmen.

Der Stadtrat hat angekündigt, dem Parlament ein Entlastungspaket vorzulegen. Dieses sollte als Gesamtpaket beurteilt und nicht durch Einzelinteressen zerpflückt werden. Die vorgeschlagenen Massnahmen werden nicht überall Zustimmung finden, sind angesichts der finanziellen Entwicklung jedoch notwendig.

Das Ergebnis der Stadtwerke ist erfreulich und liegt leicht über Budget. Das Anlagevermögen ist aufgrund der Investitionstätigkeit weiter gewachsen, gleichzeitig haben aber auch die Finanzverbindlichkeiten zugenommen.

Besonders positiv entwickelt sich das Glasfasernetz. Dank steigender Nutzerzahlen konnte das Spartenergebnis deutlich verbessert werden und nähert sich dem Ausgleich an. Die kürzlich beschlossene Erneuerung der Basisinfrastruktur eröffnet zusätzliches Ertragspotenzial. Dies zeigt, dass langfristige Investitionen Früchte tragen können.

Die Mitte-Fraktion bedauert die fortschreitende Verschlechterung der finanziellen Ausgangslage der Stadt. Wir unterstützen die Anträge des Stadtrats und der Geschäftsprüfungskommission.

- f) **Markus Meister (GLP-FLiG):** Ich möchte zunächst auf die Highlights des vergangenen Jahres eingehen. Drei Themen stechen für mich besonders hervor.

Erstens die Umsetzung und Evaluation des Oberstufenmodells. Die positive Beurteilung zeigt, dass der eingeschlagene Weg richtig ist. Gleichzeitig werden weitere Anpassungen bei Betreuung, Lernraum und Go-Study vorgenommen. Vielleicht folgen künftig auch in der Primarschule zukunftsorientierte Schulmodelle.

Zweitens der Dorfplatz in Arnegg mit seinem kleinen, aber gelungenen Spielplatz. Er ist ein würdiger Treffpunkt für die Bevölkerung geworden.

Drittens die achtstündige Budgetdebatte. Fast alle Parteien haben hart, aber sachlich um tragfähige Kompromisse gerungen. Damit komme ich zu den weniger erfreulichen Punkten: Fast alle waren bereit, von ihren Positionen abzuweichen – die SVP jedoch nicht. Sie nutzte ihre Machtposition konsequent aus. Wir erwarten mehr Kompromissbereitschaft und konstruktive Lösungsansätze.

Übernehmen Sie Verantwortung, statt mit Ratsreferenden und Budgetrückweisungen die Entscheidung an die Bevölkerung weiterzureichen. Das macht die Verwaltung handlungsunfähiger, langsamer und letztlich teurer.

Der Geschäftsbericht zeigt einmal mehr, dass sich die finanzielle Lage der Stadt weiter verschlechtert. Die Handlungsoptionen sind bekannt. Ausser der rechten Ratsseite will niemand eine weitere Verschuldung oder den weiteren Abbau unserer Reserven.

Mit dem angekündigten Entlastungspaket wird die Sparschraube weiter angezogen. Der Stadtrat ist gezwungen, zusätzliche Einsparungen vorzunehmen. Dies wird für die Bevölkerung spürbare Leistungseinschränkungen zur Folge haben.

Diese dürfen jedoch nicht einseitig zulasten der Schwächsten in den Bereichen Schule, Pflege und Asyl gehen. Notwendig ist ein ausgewogenes Sparpaket mit fairer Opfersymmetrie.

Bevor wir uns weiter verschulden, müssen wir auch über höhere Einnahmen sprechen. Ein stabiler Stadthaushalt ist eine Verpflichtung gegenüber den kommenden Generationen. Dazu braucht es eine sorgfältige Abwägung zwischen Verschuldung, Ausgaben und Einnahmen.

Die GLP-FLiG wird sich weiterhin konstruktiv und kompromissbereit in die Diskussion einbringen. Kurzfristige Spareffekte, die langfristig höhere Kosten verursachen, lehnen wir klar ab.

- g) **Rebecca Meier (SP):** Gibt es einen Grund, weshalb der Revisionsbericht der BDO zum Geschäftsbericht und zur Jahresrechnung nur der Geschäftsprüfungskommission zugestellt wurde? Wäre es möglich, diesen künftig allen Parlamentsmitgliedern sowie der Öffentlichkeit zugänglich zu machen?

Gerade angesichts der aktuellen Finanzlage würde ich es begrüßen, wenn auch wir diesen Bericht einsehen könnten, um uns ein umfassendes Bild machen zu können.

- h) **Stadtpräsident Wolfgang Giella:** Das ist ein berechtigter Hinweis. Ich kann im Moment nicht sagen, weshalb der Revisionsbericht bisher nicht allen zugänglich gemacht wurde. Die Stadtwerke handhaben dies seit Jahren anders. Ich werde die Frage mit dem Finanzleiter klären. Grundsätzlich bin ich der Meinung, dass das Parlament Anspruch auf diese Informationen hat.

Zum Rechnungsergebnis: Das ausgewiesene Plus von 3,7 Mio. Franken ist, wie mehrfach erwähnt wurde, eine optische Täuschung. Dahinter steht ein strukturelles Betriebsdefizit von 11,2 Mio. Franken – mit grosser Wahrscheinlichkeit ein Negativrekord.

Lieber Elmar, eine Präzisierung zu deinem Votum: Beim operativen Ergebnis müssen wir zusätzlich die einmalige Abschreibung für das Haus der Kultur berücksichtigen. Deshalb liegt das tatsächliche Defizit höher als die genannten 3,7 Mio. Franken.

Einmalige Buchungseffekte und die Auflösung von Reserven haben uns 2025 nochmals geholfen. Für die Rechnung 2026 dürfen wir damit kaum mehr rechnen. Die finanzielle Situation wird sich weiter verschärfen. Seit 2021 arbeitet die Verwaltung kontinuierlich an Optimierungen. 2025 konnten gegenüber der Rechnung 2024 Einsparungen von über 700'000 Franken erzielt werden. Solche Prozesse benötigen Zeit.

Gleichzeitig werden diese Einsparungen durch massive Kostensteigerungen in anderen Bereichen übertroffen. Dabei handelt es sich um Kernaufwand, aber nicht um Aufwand der Kernverwaltung. Dieser Unterschied ist wichtig.

Das angekündigte Entlastungspaket ist deshalb nicht die erste Sparmassnahme, sondern Teil eines bereits seit Jahren laufenden Optimierungsprozesses. Aufgrund des Ratsreferendums steht nun jedoch eine neue Phase mit hoher Dringlichkeit bevor.

Wir haben zudem bereits erste Workshops zu den Investitionen durchgeführt. Dennoch müssen die Erwartungen realistisch bleiben: Weder ein Sparpaket allein noch eine Steuererhöhung allein werden ausreichen.

Die Stadt trägt einen erheblichen Investitionsrückstand mit sich. Das betrifft unter anderem das Ottmar-Schulhaus, das Rathaus und zahlreiche Kindergärten. Gleichzeitig haben wir in den letzten Jahren auch beim Unterhalt zurückhaltend agiert. Vieles lässt sich nicht länger aufschieben.

Neben Verzicht und Sparmassnahmen werden wir deshalb auch über Steuererhöhungen und eine moderate Verschuldung sprechen müssen. Moderat – nicht grenzenlos. Alles andere wäre gegenüber künftigen Generationen nicht verantwortbar.

Für die kommenden Budgets müssen wir den Fokus stärker auf das operative Ergebnis und den Cashflow legen. Diese Grössen sind für die finanzielle Beurteilung aussagekräftiger als das Gesamtergebnis, das buchhalterisch immer ausgeglichen sein muss.

Der betriebliche Cashflow muss wachsen. Er zeigt, wie viel Fremdkapital aufgenommen werden muss. Eine Finanzierung des laufenden Betriebs durch Schulden darf keine Option sein. Idealerweise können wenigstens die werterhaltenden Investitionen durch den Cashflow gedeckt werden. Davon sind wir derzeit weit entfernt.

Die grössten Ausgabenblöcke liegen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Soziales. Zusammen beanspruchen sie rund drei Viertel des Haushalts. Der Handlungsspielraum ist dort begrenzt. Weitere Einsparungen in anderen Bereichen haben für die Gesamtrechnung oft nur noch kosmetische Wirkung.

Deshalb richte ich eine provokative Frage ans Parlament: Auf welche der rund 50 Aufgaben im Aufgaben- und Finanzplan soll die Stadt künftig verzichten?

Zur Vorsicht mahnt auch der Rückgang der Steuereinnahmen juristischer Personen um 1,5 Mio. Franken. Diese Einnahmen sind sehr volatil und müssen bei der Budgetierung künftig besonders berücksichtigt werden.

Auch die wertvermehrenden Investitionen müssen kritisch überprüft werden. Der weitere Ausbau der Sportwelt und andere Grossprojekte belasten den Haushalt langfristig. Solche Vorhaben sind nur tragbar, wenn gleichzeitig über die Finanzierung gesprochen wird.

Anders verhält es sich bei den werterhaltenden Investitionen. Dafür rechnen wir weiterhin mit rund 10 Mio. Franken pro Jahr. Werden diese Mittel gekürzt, verschieben wir notwendige Arbeiten erneut und schaffen neue Investitionsstaus.

Die Jahresrechnung 2025 zeigt schonungslos, vor welchen Herausforderungen Gossau steht. Gerade deshalb ist sie wichtig. Sie schafft Transparenz und macht den Handlungsbedarf sichtbar.

Die notwendigen finanzpolitischen Entscheide können jedoch nicht allein vom Stadtrat getroffen werden. Dafür braucht es die Mitwirkung des Parlaments.

Stadtrat und Geschäftsprüfungskommission beantragen Ihnen deshalb, die Jahresrechnung 2025 zu genehmigen.

2. Zu Geschäftsbericht Stadtwerke, Jahresrechnung

- a) **Matthias Ebnetter (GLP-Flig):** Wie Pascal Fürer bereits erwähnt hat, ist eine realistische Budgetierung eine wichtige Voraussetzung für Glaubwürdigkeit.

Neben den erfreulichen Entwicklungen wie der Übernahme der Wasserquelle der Zilander AG oder der Inbetriebnahme der Photovoltaikanlage auf der Fussballtribüne fällt mir ein Punkt negativ auf: die Ausgaben für temporäres Personal.

Budgetiert waren 50'000 Franken, tatsächlich wurden über 500'000 Franken aufgewendet. Ich gehe davon aus, dass ein grosser Teil dieser Kosten für externe Fachkräfte und Ingenieurbüros im Bereich Netzplanung anfiel.

Wenn diese Leistungen intern nicht erbracht werden können, sollten die Stadtwerke entweder realistischer budgetieren oder die Personalplanung frühzeitig entsprechend anpassen. Solche erheblichen Abweichungen zwischen Budget und Rechnung sollten künftig vermieden werden.

- b) **Ruedi Blumer (SP):** In den Beilagen zur Rechnung finden sich auf Seite 5 die Angaben zum Werbeaufwand der Stadtwerke.

Bereits im Eintretensvotum habe ich erwähnt, dass wir über die Höhe dieser Ausgaben erstaunt waren. Uns ist bewusst, dass der Aufwand im Jahr 2024 aufgrund des neuen Erscheinungsbildes und weiterer einmaliger Aktivitäten besonders hoch ausfiel.

Unsere Erwartung war deshalb, dass die Werbeausgaben danach deutlich zurückgehen würden. Zwar haben sie sich ungefähr halbiert, liegen aber mit rund 110'000 Franken weiterhin auf einem hohen Niveau. Das entspricht in etwa den Kosten einer Vollzeitstelle. Deshalb stellt sich für uns die Frage, ob hier weiteres Sparpotenzial besteht.

Der grösste Anteil entfällt auf Briefversände, Flyer und Printwerbung. Gerade Printwerbung erscheint uns zunehmend teuer und wenig zeitgemäss.

Die Kundschaft der Stadtwerke besteht im Wesentlichen aus der Bevölkerung von Gossau, die mit den Leistungen der Stadtwerke grundsätzlich sehr zufrieden ist. Gerade deshalb sind wir der Meinung, dass der Werbeaufwand weiter reduziert werden könnte.

Unsere Frage lautet deshalb: Kann der Werbeaufwand künftig nochmals deutlich gesenkt werden? Beispielsweise könnten die Ausgaben für Printwerbung wesentlich reduziert werden.

- c) **Stadträtin Claudia Martin:** Ich möchte zunächst eine Präzisierung zur Ausgangslage machen.

Die hohen Werbeausgaben im Jahr 2024 standen nicht nur im Zusammenhang mit dem neuen Erscheinungsbild. Damals fand auch die Gewerbeausstellung G24 statt, an der die Stadtwerke mit einem eigenen Stand präsent waren. Dieser einmalige Auftritt verursachte ebenfalls erhebliche Kosten.

Mit Blick auf die Zukunft kann ich bereits festhalten, dass wir den Werbeaufwand voraussichtlich nicht erheblich reduzieren werden. Nicht, weil wir dies nicht möchten, sondern weil sich die Rahmenbedingungen verändert haben.

Die Annahme, die Kundenbasis sei ohnehin gesichert, trifft heute nicht mehr uneingeschränkt zu. Die Zeiten einer praktisch konkurrenzlosen Grundversorgung sind vorbei.

Zwar stammen rund 90 Prozent des Umsatzes aus der Grundversorgung, der entsprechende Gewinnanteil fällt jedoch deutlich tiefer aus und nimmt weiter ab.

Für die Stadtwerke gewinnen zusätzliche Dienstleistungen zunehmend an Bedeutung. Insbesondere im Bereich Elektrizität bestehen attraktive Entwicklungsmöglichkeiten. Die Stadtwerke stehen dabei immer stärker im Wettbewerb mit anderen Anbietern.

Der Werbeaufwand hängt deshalb direkt mit dem Ausbau dieser Geschäftsfelder zusammen. Wir gehen aktuell nicht davon aus, dass dieser Aufwand in naher Zukunft deutlich sinken wird. Die Marketingmassnahmen sind daher auch im Zusammenhang mit wachsenden Dienstleistungserträgen zu sehen.

Selbstverständlich werden wir die entsprechenden Zahlen im Rahmen des Budgets offenlegen, und das Parlament kann diese weiterhin kritisch hinterfragen.

Abschliessend möchte ich auf eine Aussage von Ruedi Blumer zurückkommen. Er hat festgehalten, dass die Dienstleistungen der Stadtwerke von grosser Bedeutung seien. Darüber freue ich mich. Ergänzen möchte ich lediglich: Von nichts kommt nichts.

3. Zu Geschäftsbericht Stadthaushalt, I. Vorwort des Stadtpräsidenten – V. Aus den Abteilungen / Statistisches

- a) **Matthias Ebnetter (GLP-FLiG):** Auch wir nehmen den Geschäftsbericht mit Sorge zur Kenntnis. Die Entwicklung kommt allerdings nicht überraschend.

Bereits in der Budgetberatung hatte die Geschäftsprüfungskommission einen Marschhalt gefordert und eine externe Analyse verlangt. Diese empfahl klar, Investitionen zu priorisieren, Sparmassnahmen konsequent umzusetzen und eine Steuererhöhung zu prüfen.

Im vergangenen Jahr wurden diese Themen weiterverfolgt – inklusive der politischen und teilweise auch juristischen Auseinandersetzungen, die daraus entstanden sind.

Wir müssen uns dabei eingestehen, dass aus einer ursprünglich sachlichen Überprüfung zunehmend politisches Kapital geschlagen wurde. Die Debatte wurde emotionaler geführt. Davon sind auch wir als GLP-FLiG nicht ausgenommen.

Dass die empfohlene Steuererhöhung letztlich nicht umgesetzt wurde, ist insbesondere auf die Haltung der SVP zurückzuführen. Einerseits wurde im Parlament eine höhere Verschuldung beantragt, andererseits entstand gegenüber der Bevölkerung der Eindruck eines Sparauftrags.

Gleichzeitig konnte der vorgeschlagene Abbau bei den Skilagern durch den Einsatz der GLP-FLiG verhindert beziehungsweise verzögert werden.

Deshalb gilt: Niemand in diesem Parlament ist völlig unvoreingenommen. Das sollten wir offen anerkennen.

Die Rechnung 2025 zeigt deutlich, dass wir langfristig nicht um einen tragfähigen Kompromiss herumkommen. Dieser muss Einnahmen, Ausgaben und Verschuldung gleichermaßen berücksichtigen.

Das weitere Hinauszögern notwendiger Massnahmen wird letztlich vor allem kommenden Generationen schaden. Kurzfristige Eingriffe, wie wir sie in der Budgetdebatte erlebt haben, lösen die strukturellen Probleme nicht.

Der Geschäftsbericht führt uns dies eindrücklich vor Augen.

Wir verzichten heute bewusst auf die vom Stadtpräsidenten geforderte Wertedebatte. Stattdessen erwarten wir vom Stadtrat ein ausgewogenes Sparpaket mit möglichst breiter Opfersymmetrie und realistischen Mehrheitschancen.

Gleichzeitig befürchten wir, dass auch dieses Paket stark emotionalisiert und in Einzelteile zerlegt werden könnte.

Die GLP-FLiG wird sich konstruktiv und kritisch in diese Diskussion einbringen. Für uns ist klar: Ein Leistungsabbau darf nicht einseitig zulasten der Schwächsten gehen, insbesondere nicht in der Bildung und bei Familien.

Wir stellen uns gegen einen Qualitätsabbau. Gute Leistungen für die Bevölkerung müssen nicht zwangsläufig teuer sein, sie müssen aber erhalten bleiben.

- b) **Stadtpräsident Wolfgang Giella:** Vor zwei Jahren habe ich eine Wertediskussion angeregt. Damals wurde dies teilweise mit Stirnrunzeln aufgenommen, weil der Eindruck entstand, ich meine dies in einem ideellen oder gar esoterischen Sinn. Gemeint war jedoch eine sehr konkrete finanzpolitische Diskussion.

Ich danke Matthias Ebnetter, dass er dieses Thema nochmals aufgenommen hat.

Gleichzeitig möchte ich das Parlament daran erinnern, dass eine solche Diskussion bereits stattgefunden hat. Die entsprechenden Beschlüsse wurden gefällt und sind für den Stadtrat verbindlich.

Ich spreche dabei nicht vom STEK, sondern vom Leitbild 2035. Dieses wurde über Jahre hinweg mehrfach diskutiert und bestätigt. Die damalige Debatte war intensiv und keineswegs einstimmig.

Was mir dabei jedoch gefehlt hat, war die Diskussion über die finanziellen Konsequenzen der beschlossenen Ziele. Man wollte vieles erreichen und hat den Stadtrat entsprechend verpflichtet, ohne gleichzeitig über die notwendigen Mittel zu sprechen.

Genau das war für mich der Ausgangspunkt der geforderten Wertediskussion.

Wir werden dem Parlament ein Sparpaket vorlegen, das verschiedene Zielsetzungen des Leitbilds 2035 spürbar beeinträchtigen wird. Die Diskussion, die wir vor zwei Jahren nicht geführt haben, werden wir deshalb spätestens im Dezember nachholen müssen.

- c) **Roger Pfister (Die Mitte):** Ich möchte daran erinnern, dass der Stadtrat erstmals im Zusammenhang mit dem Budget 2026 öffentlich von einer Steuererhöhung gesprochen hat. Einzelne Mitglieder des Parlaments haben diese Möglichkeit zwar schon früher ins Spiel gebracht, seitens des Stadtrats wurde sie jedoch erst mit dem Budget 2026 konkret thematisiert.

Zudem irritiert mich, dass sich diese Sitzung teilweise zu einer Fragestunde entwickelt. Solche Fragen könnten meines Erachtens vielfach bereits im Vorfeld geklärt werden.

4. Zu Geschäftsbericht Stadthaushalt, VII. Aufgabenübersicht, A2 Bildung

- a) **Roger Pfister (Die Mitte):** Der Nettoaufwand des Departements Bildung liegt rund 3 Prozent über Budget. Dies entspricht ungefähr drei Steuerprozenten. Die Personalkosten sind sogar um 5 Prozent gestiegen.

Schulpräsident Stefan Rindlisbacher weist zu Recht darauf hin, dass ein wesentlicher Teil dieser Mehrkosten auf den Teuerungsausgleich und zusätzliche Entlastungslektionen für Klassenlehrpersonen zurückzuführen ist.

Einen bedeutenden Anteil machen aber auch die höheren Kosten für Sonderschulplätze und sonderpädagogische Massnahmen aus. Wie bereits im Vorjahr sind diese aus unserer Sicht zu vorsichtig budgetiert worden.

Besonders auffällig ist die Entwicklung bei den Klassenassistenzen. Innerhalb von vier Jahren sind die Kosten um mehr als 150 Prozent gestiegen. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich bei den Stellvertretungskosten. Die Mitte-Fraktion erwartet deshalb vom Schulrat und von der Schulführung eine realistische Budgetierung, insbesondere im sonderpädagogischen Bereich.

Wir begrüßen die angekündigte separate Ausweisung der Kosten für Klassenassistenzen im nächsten Budget. Bezüglich der Stellvertretungskosten erwarten wir eine Analyse der Ursachen sowie gegebenenfalls entsprechende Massnahmen.

Die Mitte-Fraktion setzt sich weiterhin für eine qualitativ gute und gleichzeitig effiziente Bildung ein. Da die im Budget 2026 beschlossenen Kürzungen voraussichtlich nur teilweise umgesetzt werden, werden wir uns mit verschiedenen Themen bereits im kommenden Dezember erneut befassen müssen.

- b) **Schulpräsident Stefan Rindlisbacher:** Die Kosten der Klassenassistenzen sind in der Rechnung nicht separat ersichtlich, da sie weiterhin innerhalb der Personalkosten ausgewiesen werden. Roger Pfister kennt die Zahlen aus einer Sitzung mit den Fraktionspräsidenten, an der ich die Entwicklung detailliert aufgezeigt habe. Er hat recht: Die Kosten für Klassenassistenzen sind deutlich gestiegen.

Der Schulrat hat zwar eine Begrenzung dieser Stellen beschlossen, allerdings nicht in allen Bereichen. Im Zusammenhang mit sonderpädagogischen Massnahmen werden Klassenassistenzen teilweise durch den Schulpsychologischen Dienst beantragt. Sie sind häufig Voraussetzung dafür, dass solche Massnahmen im Unterricht überhaupt wirksam umgesetzt werden können.

Gerade in Kleinklassen oder Einschulungsjahren gibt es teilweise sehr anspruchsvolle Situationen, in denen diese Unterstützung notwendig ist. Deshalb befinden wir uns in einem Spannungsfeld.

Klassenassistenzen gehören rechtlich zu den freiwilligen Leistungen. Theoretisch könnten sie vollständig gestrichen werden. Praktisch hätte dies jedoch erhebliche negative Auswirkungen auf die Umsetzung sonderpädagogischer Massnahmen.

Aus diesem Grund möchten wir künftig mehr Transparenz schaffen und diese Kosten separat ausweisen. Damit erhält auch das Parlament eine bessere Grundlage für seine Beurteilungen.

Unser Ziel bleibt eine möglichst realistische Budgetierung. Allerdings budgetieren wir heute deutlich knapper als früher und verzichten weitgehend auf Reserven im Budget. Dadurch steigt das Risiko von Abweichungen bei schwer vorhersehbaren Kosten.

Das gilt insbesondere für Stellvertretungen. Niemand kann voraussehen, wie viele krankheitsbedingte Ausfälle oder Langzeitabsenzen eintreten und welche Rückerstattungen daraus resultieren. Solche Positionen lassen sich nur näherungsweise planen.

Wir werden weiterhin alles daransetzen, die Budgetgenauigkeit zu verbessern, auch wenn Schwankungen nie ganz vermeidbar sein werden.

- c) **Stadtpräsident Wolfgang Giella:** Roger Pfister hat erwähnt, dass der Stadtrat erst mit dem Budget 2026 von einer Steuererhöhung gesprochen habe. Das stimmt so nicht ganz.

Bereits im Geschäftsbericht 2020 habe ich darauf hingewiesen, dass eine Steuererhöhung langfristig nicht ausgeschlossen werden kann. Damals entwickelte sich der Haushalt bereits in diese Richtung.

Richtig ist allerdings, dass sich die finanzielle Situation in den Folgejahren besser entwickelte als erwartet. Insbesondere die Auswirkungen von Corona sowie die Steuerentwicklung führten dazu, dass der Steuerfuss vorübergehend kein zentrales Thema war. Wir gingen damals davon aus, ihn halten zu können.

Spätestens seit dem Geschäftsbericht 2022 ist dies jedoch nicht mehr der Fall.

- d) **Christian Schlegel (GLP-FLiG):** Der Geschäftsbericht 2025 gibt uns Gelegenheit, Bilanz zu ziehen – insbesondere im Bereich Bildung.

Die GLP-FLiG begrüsst ausdrücklich, dass Gossau in die Zukunft der Kinder und Jugendlichen investiert. Gleichzeitig zeigt der Bericht, dass nicht alle Ziele erreicht wurden und nicht jede Investition automatisch zu besserer Qualität führt.

Ich möchte mich auf drei Themen konzentrieren: die Schulführung, die Bildungsinvestitionen sowie die positiven Erfahrungen mit dem Oberstufenmodell.

Zur Schulführung: Drei von vier definierten Zielen wurden nicht erreicht. Genannt werden eine hohe Fluktuation bei den Lehrpersonen, zu viele verlorene Rekurse und zu wenige Vernetzungsanlässe.

Eine hohe Fluktuation bedeutet für Schülerinnen und Schüler weniger Kontinuität und für Eltern mehr Unsicherheit. Neue Lehrpersonen benötigen Zeit, um sich einzuarbeiten – Zeit, die im Schulalltag oft fehlt.

Auch die verlorenen Rekurse geben zu denken. Wenn Eltern und Schülerinnen oder Schüler ihre Anliegen erst über mehrere Instanzen durchsetzen können, braucht es aus unserer Sicht klarere Prozesse und mehr Transparenz.

Ebenso wichtig ist die Vernetzung. Bildung lebt vom Austausch zwischen Lehrpersonen, Schulen, Eltern und Gemeinde. Fehlt dieser Austausch, gehen wertvolle Chancen verloren.

Unser Fazit lautet deshalb: Bei der Schulführung besteht Verbesserungspotenzial. Es braucht stabile Teams, klare Prozesse und mehr Raum für Vernetzung.

Zum zweiten Thema, den Lehrmitteln: Die GLP-FLiG steht hinter Investitionen in die Bildung. Wir warnen jedoch davor, hohe Ausgaben automatisch mit hoher Qualität gleichzusetzen.

Trotz erheblicher Investitionen in Lehrmittel und Infrastruktur wurden zentrale Ziele nicht erreicht. Deshalb müssen wir uns fragen, ob die eingesetzten Mittel ausreichend wirksam sind.

Bildungsqualität misst sich nicht am Preis von Lehrmitteln, sondern an ihrem Nutzen für die Schülerinnen und Schüler. Wir brauchen eine Kultur der Evaluation: Was funktioniert, was nicht und wo müssen Anpassungen vorgenommen werden?

Deshalb fordern wir mehr Transparenz bei den Bildungsausgaben, Pilotprojekte vor grösseren Investitionen sowie eine stärkere Mitsprache der Lehrpersonen. Sie wissen am besten, welche Mittel im Unterricht tatsächlich wirken.

Positiv hervorheben möchte ich das Oberstufenmodell. Die Evaluation fällt erfreulich aus und bestätigt den eingeschlagenen Weg. Die GLP-FLiG hat dieses Projekt von Beginn an unterstützt, weil es Eigenverantwortung, individuelle Förderung und moderne Lernformen stärkt.

Natürlich braucht es noch Feinjustierungen, etwa bei den Lernräumen und der Betreuung. Insgesamt sind die Erfahrungen jedoch ermutigend.

Diese positiven Entwicklungen sollten Anlass sein, auch für die Primarschule neue Modelle zu prüfen. Denkbar wären flexiblere Lernformen, mehr Projektarbeit und eine stärkere Vernetzung der Fächer.

Die GLP-FLiG regt deshalb an, gemeinsam mit der Schulleitung ein Pilotprojekt für zukunftsorientierte Primarschulmodelle zu prüfen. Gossau hat die Chance, hier eine Vorreiterrolle einzunehmen.

Bildung ist eine Investition in die Zukunft – aber eine kluge Investition. Der Geschäftsbericht zeigt, wo Verbesserungen nötig sind: mehr Stabilität in der Schulführung, mehr Transparenz bei den Investitionen und die konsequente Weiterentwicklung erfolgreicher Modelle.

Die GLP-FLiG ist bereit, diesen Weg konstruktiv und kritisch mitzugestalten. Unser Ziel bleibt eine Stadt, in der jedes Kind die Chance auf eine hochwertige Bildung erhält.

- e) **Schulpräsident Stefan Rindlisbacher:** Ich möchte nicht auf jeden einzelnen Punkt im Detail eingehen, aber einige Aspekte aufgreifen.

Zunächst zu den Kennzahlen: Ich bin damit ebenfalls nicht vollständig zufrieden. Deshalb werden diese gemeinsam mit den Departementen und den Finanzverantwortlichen überprüft und weiterentwickelt. Die Frage ist immer auch, wie Begriffe wie «hohe Fluktuation» definiert werden. Dahinter stehen unsere eigenen Ansprüche an Stabilität und Kontinuität, die insbesondere für jüngere Schülerinnen und Schüler wichtig sind.

Zu den Vernetzungsanlässen: Die entsprechende Kennzahl bezieht sich vor allem auf den Austausch zwischen Schulräten. Daraus darf jedoch nicht geschlossen werden, dass in Gossau zu wenig Vernetzung stattfindet.

Gerade dieser Austausch ist mir sehr wichtig. Die Schule kann ihre Aufgaben heute nicht mehr alleine erfüllen und ist auf starke Partner angewiesen. Deshalb finden zahlreiche Gespräche mit Bildungspartnern vor Ort, mit dem Kanton und mit anderen Gemeinden statt.

Der Austausch ist also vorhanden, auch wenn er sich nicht vollständig in dieser Kennzahl widerspiegelt.

Zu den Lehrmitteln: Diese sind weitgehend vorgegeben. Über den SGV profitieren wir von vergünstigten Konditionen für die Lehrmittel des Lehrmittelverlags St. Gallen. Diese werden auch in der Ausbildung der Lehrpersonen verwendet und bieten eine gewisse Sicherheit hinsichtlich der Erreichung der kantonalen und nationalen Bildungsziele.

Theoretisch könnten heute auch andere Lehrmittel eingesetzt werden. Allerdings ist das Angebot an erprobten und empfohlenen Alternativen begrenzt. Deshalb braucht es sorgfältige Evaluationen.

Die Lehrpersonen bringen dabei viele Ideen und Vorschläge ein. Wir beziehen ihre Erfahrungen bewusst mit ein. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass nicht mehrere Lehrmittel parallel verwendet werden, da dies die Kosten weiter erhöhen würde.

Zur angesprochenen Innovation in der Primarschule: Darüber diskutiere ich gerne weiter. Die Totalrevision des Volksschulgesetzes eröffnet tatsächlich neue Möglichkeiten.

Dabei müssen wir jedoch sorgfältig abwägen. Neue Möglichkeiten sind häufig mit zusätzlichen Kosten verbunden. Deshalb ist es wichtig, die finanziellen Auswirkungen frühzeitig mitzudenken und realistisch einzuschätzen.

5. Zu Geschäftsbericht Stadthaushalt, VII. Aufgabenübersicht, A3 Bau Umwelt Verkehr

a) **Claudia Kretz Büsser (FDP):** Für die FDP-Fraktion sind bei der Beurteilung zwei Punkte zentral.

Erstens: verantwortungsvoller Werterhalt statt kalter Schulden.

Wir begrüßen, dass die Unterhalts- und Erneuerungsarbeiten im Rahmen des Budgets umgesetzt wurden. Wer seine Infrastruktur pflegt – sei es bei Werkleitungen oder Schulanlagen –, verhindert teure Sanierungsstaus. Für uns ist klar: Wir wollen den kommenden Generationen keine kalten Schulden hinterlassen.

Aufgeschobener Unterhalt ist versteckte Verschuldung. Die Rechnung kommt später – und meist deutlich teurer. Regelmässiger Werterhalt ist gelebte Generationengerechtigkeit.

Auch die gesetzlichen Mehraufwände im Gewässerschutz nehmen wir zur Kenntnis. Hier gilt es, Gesetzeskonformität und Verhältnismässigkeit sorgfältig auszubalancieren.

Zweitens: strategische Investitionen mit finanzpolitischem Augenmass.

Auf Gossau kommen weitere grosse Investitionen zu. Die Sanierung und Erweiterung von Schulhäusern, das Rathaus sowie die Sportwelt stehen an.

Für die FDP ist klar: Diese Projekte müssen priorisiert werden. Sicherheit und Betriebstauglichkeit sind jederzeit zu gewährleisten, gleichzeitig müssen finanzielle Tragbarkeit, Wirtschaftlichkeit und ökologische Aspekte berücksichtigt werden.

Ebenso unterstützen wir die Weiterentwicklung unserer Zukunftsareale, etwa des ASGO-Gebiets im Grossen Ost. Neue Arbeitsplätze stärken die wirtschaftliche Basis unserer Stadt.

Dabei braucht es eine enge Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Departementen. Nur so entstehen verlässliche Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung.

Unser Fazit lautet deshalb: Fokus auf Werterhalt, Disziplin bei Grossinvestitionen und eine klare Absage an eine Politik auf Kosten kommender Generationen. Das bleibt unser Kompass.

Die FDP-Fraktion unterstützt die Anträge des Stadtrats und dankt allen Mitarbeitenden für ihre kompetente und kundenorientierte Arbeit.

6. Zu Geschäftsbericht Stadthaushalt, VII. Aufgabenübersicht, A5 Jugend Alter Soziales

- a) **Markus Meister (GLP-FLiG):** Ich möchte zwei Beispiele hervorheben, die zwar gebundene Ausgaben betreffen, aber dennoch beeinflussbar sind: den Sozialhilfebezug von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern sowie die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen und Pflegefamilien.

Beim Konto Finanz- und Sachhilfe ist der Transferaufwand um rund 660'000 Franken beziehungsweise 15 Prozent gestiegen. Allein der Sozialhilfebezug liegt um 410'000 Franken über Budget.

Positiv ist, dass Gossau mit einer Sozialhilfequote von 1,5 Prozent unter dem kantonalen Durchschnitt liegt. Dennoch haben die Gesuche 2025 um rund 10 Prozent zugenommen. Die SKOS rechnet auch künftig mit einer moderaten Zunahme der Sozialhilfefälle.

Als Hauptgrund für die höheren Kosten werden steigende Gesundheitskosten genannt. Diese sind zwar weitgehend gebunden, können aber durch präventive Massnahmen beeinflusst werden.

Ein ähnliches Bild zeigt sich beim Jugendschutz. Die Kosten für die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in Heimen und Pflegefamilien lagen um rund 375'000 Franken über Budget.

Beide Beispiele zeigen, dass einzelne Fälle erhebliche Auswirkungen auf den Stadthaushalt haben können.

Wenn wir die Sozialhilfekosten senken wollen, müssen wir verhindern, dass Menschen überhaupt in die Sozialhilfe geraten. Und wenn Unterstützung notwendig wird, sollte die Bezugsdauer möglichst kurz bleiben.

Das Risiko eines Sozialhilfebezugs ist bei Personen mit geringen Qualifikationen besonders hoch. Deshalb spielt Bildung eine zentrale Rolle. Ein solider und zukunftsorientierter Unterricht verbessert die Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Genauso wichtig sind stabile Familien, engagierte Vereine und eine funktionierende Gesellschaft. Dasselbe gilt für belastete Familiensituationen, in denen Fremdplatzierungen drohen. Gute Zusammenarbeit zwischen Elternhaus, Schule und Vereinen wirkt präventiv und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Die GLP-FLiG setzt sich auch in Zeiten des Sparens für starke Familien, starke Schulen und starke Vereine ein. Diese Bereiche schaffen die Grundlagen für eine funktionierende Gesellschaft und verhindern langfristig hohe Folgekosten.

Deshalb bitte ich Sie, bei allen Sparbemühungen das grosse Ganze im Blick zu behalten. Kurzfristige Einsparungen dürfen nicht zu langfristig höheren Kosten führen.

- b) **Ursula Kobler (FDP):** Der Personalaufwand ist um 2 Prozent und der Sachaufwand um 1 Prozent gestiegen. Das ist zwar bedauerlich, fällt jedoch gegenüber einem anderen Kostentreiber kaum ins Gewicht.

Besonders alarmierend ist die Entwicklung der Transferleistungen. Der Transferaufwand nahm um 13 Prozent beziehungsweise 2,2 Mio. Franken zu, während der Transferertrag gleichzeitig um 8 Prozent oder rund 514'000 Franken zurückging.

Allein daraus ergibt sich eine Verschlechterung von rund 2,7 Mio. Franken – das entspricht fast sieben Steuerprozenten.

Die Einflussmöglichkeiten der Gemeinde sind in diesem Bereich begrenzt. Gleichzeitig ist absehbar, dass künftig zusätzliche Belastungen entstehen werden, wenn Personen mit Schutzstatus S vermehrt in die Sozialhilfe übergehen.

Deshalb stellt sich die Frage, welche Handlungsmöglichkeiten der Stadtrat sieht. Kann die Fachstelle Integration vorausschauend auf diese Entwicklung reagieren?

Diese Entwicklung bereitet der FDP grosse Sorgen. Wenn in der Verwaltung einige hunderttausend Franken eingespart werden können, die Transferkosten aber gleichzeitig um mehrere Millionen steigen, bleiben solche Einsparungen letztlich nur ein Tropfen auf den heissen Stein.

Wir sind dankbar für die vielen Freiwilligen und für die Kirchen, die einen wichtigen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten.

Gleichzeitig ist klar, dass diese Entwicklung nicht unbegrenzt weitergehen kann. Die FDP erwartet vom Stadtrat eine Strategie, wie Gossau mit dieser Herausforderung künftig umgehen will.

- c) **Rebecca Meier (SP):** Ich möchte ebenfalls auf das Thema Asyl und Integration eingehen.

Die Integration von Asylsuchenden gehört zu den Aufgaben der Gemeinden. Im Jahr 2025 erhielt die Stadt Gossau dafür vom Bund 667'000 Franken und wendete gemäss Rechnung 601'000 Franken auf.

Personen mit Schutzstatus S sind dabei nicht berücksichtigt, da sie separat abgerechnet werden.

Unter dem Strich resultiert damit ein Überschuss von rund 66'000 Franken. Zu den Integrationsmassnahmen gehören beispielsweise Deutschkurse. Ziel muss sein, Flüchtlinge möglichst rasch in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Der Deutschunterricht in Gossau wird derzeit von fünf Freiwilligen durchgeführt, von denen vier bereits über 70 Jahre alt sind. Sie leisten ihre Arbeit unentgeltlich als solidarischen Beitrag für die Stadt und die Betroffenen.

In der Stadt St. Gallen werden über die Integra kostenlose weiterführende Deutschkurse angeboten. Allerdings stehen dort nicht immer genügend Plätze zur Verfügung. Die Stadt Gossau übernimmt für eine begrenzte Anzahl Kurse die Kosten für Kursbesuch und öffentlichen Verkehr. Danach müssen die Betroffenen die Kosten selbst tragen.

Für Menschen mit knappen finanziellen Mitteln stellen diese Ausgaben eine erhebliche Hürde dar. Zudem können viele Frauen mit kleinen Kindern wegen fehlender Betreuungsmöglichkeiten keinen Deutschunterricht besuchen.

Mich interessiert, wie die Stadt begründet, dass für Integrationsmassnahmen weniger Mittel eingesetzt werden, als sie vom Bund erhält.

Zudem stellt sich die Frage, ob für die Koordination, Unterstützung und Begleitung des freiwilligen Deutschunterrichts ausreichend personelle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Weiter möchte ich wissen, ob finanzschwachen Flüchtlingen zusätzliche Deutschkurse in St. Gallen ermöglicht werden können.

Schliesslich interessiert mich, ob in Gossau Deutschkurse mit Kinderbetreuung für Frauen mit kleinen Kindern angeboten werden können.

- d) **Stadträtin Helen Alder:** Zunächst zum Einsatz der Bundesgelder und zum Integrationsauftrag: Die Stadt gibt nicht weniger Geld aus, als sie vom Bund erhält, und sie erfüllt ihren Integrationsauftrag.

Die Verbuchung ist allerdings nicht einfach nachvollziehbar. Die ausgewiesenen Aufwendungen von rund 600'000 Franken betreffen ausschliesslich professionelle Deutschkurse. Die vom Bund ausgerichteten Integrationspauschalen decken jedoch weitere Massnahmen ab, die in anderen Konten verbucht werden.

Dazu gehören insbesondere Arbeitsintegrationsmassnahmen, Coaching und persönliche Begleitung. Hinzu kommen Aufwendungen für eine angemessene Unterbringung, die wesentlich zum Integrationserfolg beitragen.

Die Geschäftsprüfungskommission hat die Revisionsstelle beauftragt, die Verwendung der Integrationspauschalen speziell zu prüfen. Dabei wurden keine Beanstandungen festgestellt.

Zur Organisation des Deutschunterrichts: Grundsätzlich haben alle Flüchtlinge die Möglichkeit, professionelle Deutschkurse zu besuchen, beispielsweise an der Benediktschule in St. Gallen. Diese Kurse werden finanziert, ebenso die notwendigen Sprachprüfungen.

Für Personen mit anderen Lernvoraussetzungen bestehen ergänzende niederschwellige Angebote, etwa die Kurse der Integra oder die Deutschkurse des Friedegg-Treffs.

Die Kosten für Räume, Schulmaterial und Lehrmittel werden dabei durch die Stadt finanziert. Es ist deshalb nicht korrekt, dass diese Angebote ausschliesslich über Spendengelder getragen werden.

Die freiwilligen Lehrpersonen des Friedegg-Treffs leisten einen ausserordentlich wertvollen Beitrag. Ihr Engagement verdient grosse Anerkennung.

Zur personellen Unterstützung: Die Stellenprozente für die Beratung und Koordination im Flüchtlingsbereich sind knapp bemessen. Zusätzliche Ressourcen wären wünschenswert, lassen sich in der aktuellen finanziellen Situation jedoch nur schwer begründen.

Zur dritten Frage: Bei allen durch die Stadt unterstützten Deutschkursen werden die Kosten für den öffentlichen Verkehr grundsätzlich übernommen.

Im Rahmen des Familiennachzugs wird ein Basispaket angeboten, das Deutschkurse, Lehrmittel und ÖV-Kosten umfasst. Darüber hinaus werden weitere Unterstützungen individuell geprüft.

Allerdings kommt es immer wieder vor, dass finanzierte Kurse nicht regelmässig besucht werden. Deshalb kontrollieren wir die Teilnahme. Bei wiederholten Absenzen werden keine weiteren Kurse finanziert.

Zur letzten Frage: Deutschkurse mit Kinderbetreuung sind möglich. Bei genügend Nachfrage kann ein entsprechendes Angebot in Gossau aufgebaut werden. Zudem bestehen bereits heute professionelle Kurse in St. Gallen mit integrierter Kinderbetreuung, die auch von Frauen aus Gossau genutzt werden.

IV. Beschluss

1. Der Ertragsüberschuss 2025 des Stadthaushalts von CHF 3'716'431.30 wird der Ausgleichsreserve zugewiesen.
2. Der Ertragsüberschuss 2025 der Stadtwerke von CHF 484'254.63 wird den betriebsnotwendigen Reserven zugewiesen.
3. Die Jahresrechnungen 2025 des städtischen Haushalts und der Stadtwerke werden gestützt auf Art. 39 Bst. a der Gemeindeordnung genehmigt.

(27 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen)

Protokoll Nr. 60/2026

2026-213

Sitzung vom 2. Juni 2026

00.03.10.01

Neuer Vorstoss

I. Grundlagen

1. Der Vizepräsident informiert über den neuen Vorstoss:
 - a) Interpellation Rebecca Meier (Junge Grüne) "Politische Bildung"

II. Beschluss

1. Das Parlament nimmt den Vorstoss zur Kenntnis.

Die Richtigkeit dieses Protokolls bezeugen:

Der Vizepräsident

Die Stadtschreiberin



Patrick Huber

Beatrice Kempf

Dieses Protokoll wurde auf dem Zirkulationsweg am 18. Juni 2026 genehmigt.